

Fadegrad



von
Roland Scheck

Weltoffen

Der Zürcher Stadtrat hat ein Mitteilungsbedürfnis. Er will seine Weltoffenheit kundtun. Alle sollen sehen, wie weltoffen die neun Magistraten sind. Anstatt dies mit Taten unter Beweis zu stellen, insbesondere durch eine liberale Verkehrs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, zieht der Stadtrat es vor, seine Weltoffenheit mit einem Kunstobjekt zum Ausdruck zu bringen. Wobei das auserwählte Kunstobjekt genauso wenig fasslich ist wie die ihm zugrunde liegende Idee: Ein ausrangierter Hochsekkran.

Inzwischen ist bekannt, wo der Stadtrat seinen Weltoffenheits-Hafenkran beschaffen wird. Er kommt nicht etwa aus Rotterdam, dem nach Shanghai und Singapur drittgrössten Seehafen der Welt und dem mit Abstand grössten Tiefseehafen Europas. Er kommt auch nicht aus dem Welthafen Hamburg, dem zweitgrössten Tiefseehafen Europas. Nein, das Teil kommt aus Rostock. In Anbetracht des Materiellen durchaus passend. Ein Rosthaufen aus Rostock. In Anbetracht des Ideellen aber eher hanswurstig. Rostock ist gerade mal halb so gross wie Zürich. Ein provinzieller Hafenkran aus Mecklenburg bekommt also die Ehre, des Zürcher Stadtrats Weltoffenheit zu versinnbildlichen.

Immerhin war Rostock für kurze Zeit etwas grösser als halb so gross wie Zürich. Bis 1988 wuchs Rostock dank industrieller Plattenbauten auf über 250'000 Einwohner, doch fiel die Bevölkerungszahl bald wieder zurück, da die Stadt nach der Deutschen Wiedervereinigung mit enormen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hatte. Als Tiefpunkt gelten auch die ausländerfeindlichen Ausschreitungen von Lichtenhagen im August 1992, an denen sich mehrere hundert rechtsextreme Randalierer und bis zu 3'000 applaudierende Zuschauer beteiligten, und die als die massiven rassistisch motivierten Übergriffe der deutschen Nachkriegsgeschichte gelten.

Bemerkenswert ist auch die Logistik. Das neunzig Tonnen schwere Ungetüm muss über eine Distanz von über tausend Kilometern transportiert werden. Ginge es nach der Politik des rot-grünen Stadtrats, müssten Verkehrswege mit dem Velo oder dem ÖV zurückgelegt werden. Aber in diesem Fall macht man gerne eine Ausnahme. Die 2'000-Watt-Gesellschaft gilt schliesslich nur, wenn es Rot-Grün gerade in den Kram passt. So zum Beispiel am vergangenen Zürichfäscht, wo der heimatmüde Stadtrat ein Gesuch für eine Flugshow der Patrouille Suisse ablehnte. Die Düsenjets seien mit Nachhaltigkeit und dem Streben zur 2'000-Watt-Gesellschaft nicht zu vereinbaren. Aber ein Hafenkran aus Rostock hingegen schon.

Weltoffenheit demonstrieren mit einem Hafenkran aus Rostock. Wer solcherweise offen ist, ist wohl auch nicht ganz dicht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Auf Biegen und Brechen: Wohnungen über dem Tramdepot

In der Ratsdebatte waren diesmal Geschäfte des Finanzdepartementes zur Behandlung an der Reihe. Wie gehabt, gab der Rat weiter Geld aus.



Margrit Haller
Gemeinderätin SVP
Zürich 9

Am meisten zu reden gab die Weisung 2013/161. Auf dem Areal des Tramdepots Hard am Escher-Wyss-Platz sollen der überalterte, nicht unter Denkmalschutz stehende Teil des Depots durch einen Neubau ersetzt, der geschützte Teil in das neue Depot einbezogen und über dem Depotneubau eine Wohnüberbauung geplant werden. Für dieses Vorhaben wurde ein Projektierungskredit von 13'200'000 Franken beantragt.

Nachfolge des Kleeblatt-Hochhaus-Projekts
Seit 2005 wird eine Doppelnutzung, Tramdepot und Wohnungen, gefördert.

Den meisten Leuten ist das Vorprojekt mit einem markanten Hochhaus, das einen kleeblattförmigen Grundriss aufwies, bekannt. Eine Beschwerde wegen Verstopfung gegen das Submissionsrecht verzögerte die Behandlung der Vorlage im Gemeinderat längere Zeit. 2009 zog der Stadtrat die Weisung schliesslich zurück.

Mit dieser Weisung heute steht der dritte Anlauf für eine kommunale Wohnsiedlung an. Das Hochhaus soll auf einer Betonplatte über dem Tramdepot erstellt werden, was an die Architektur und an die Bauphysik eine

hoch komplexe Herausforderung darstellt, denn an erster Stelle steht ein funktionierendes Tramdepot.

Projekt mit hohen Risiken

Die Betriebs- und Gebäudeversicherungskosten werden sehr hoch ausfallen und somit können die Wohnungen nur in einem höheren Mietsegment angeboten werden. Ein 4½-Zimmer-Wohnung wird bis 2'600 Franken kosten.

Urs Fehr sagte dazu, dass das für einen subventionierten Wohnungsbau viel zu teuer sei. Ein anderer Votant ergänzte, dass mit dem Wohnungsbau dem Entwicklungspotenzial der VBZ die Luft abgeschnürt wird.

Stadtrat Leupi gibt zu, dass das Projekt mit Risiken verbunden ist, aber er versichert auch, wenn im Laufe des Projektwettbewerbs erkannt wird, dass die Kosten aus dem Ruder laufen, dann stirbt das Projekt. Der Kredit wurde mit 72 Ja zu 42 Nein (SVP, FDP, AL) auf Brechen und Biegen überwiesen.

Gewerkschaftliches Denken

Das gewerkschaftliche Denken hatte in der Weisung 2013/331 Oberhand. Die Motionäre verlangten für städtische Arbeitnehmer, die regelmässig Nacht-, Sonntag- und Feiertagsdienst leisten, einen Anspruch auf die durchschnittlichen Zulagen für solche Dienste während einer unverschuldeten Abwesenheit, wie Mutterschaftsurlaub, Unfall oder Krankheit. Diese Zulagen werden dem

Steuerzahler wieder zusätzlich 1,3 Millionen Franken abverlangen.

Die Stadt Zürich zahlt gute Löhne und Schichtzulagen sind kein fester Lohnbestandteil. Im Funktionslohn werden schon die Nacht- und Sonntagsarbeit einberechnet. Das sei Rosenpickerei, so Stadtrat Leupi, ein Schritt in die falsche Richtung. Die bürgerlichen Parteien wehrten sich gegen diesen lohnpolitischen Blödsinn. Leider scherte die CVP aus und so verloren wir, was mich sehr ärgerte.

Innovationfreude soll nicht gebremst werden

In der Weisung 2013/445 geht es um einen Baurechtsvertrag. Der Hauptsitz des Behindertenwerkes St. Jakob an der Heinrichstrasse ist zu klein geworden. Er bietet für 400 Menschen mit Behinderung Arbeit. Für die Betreuung und Betriebsführung braucht sie 245 Vollzeitstellen. An der Heinrich-/Viaduktstrasse kann die Stiftung nun ein 3'349 m² grosses Grundstück zum Marktpreis mit einem jährlichen Baurechtszins von 201'900 Franken von der Stadt übernehmen.

Darauf erstellt sie ein grösseres Produktionsgebäude mit Wohnungen aus eigenen finanziellen Mitteln. Nur gerade die Altlasten von gut 2 Millionen Franken werden von der Stadt übernommen.

Alle Parteien sind über so viel Innovationsfreude seitens der Stiftung St. Jakob erfreut und unterstützen diese Weisung einstimmig. Ein nach-

gerechtes Postulat (2014/58) der AL schmälert gerade wieder die Freude an dieser Weisung, indem es verlangt, dass keine Wohnungen im Luxussegment gebaut werden. Gemeinderat Urs Fehr findet es eine Frechheit der Postulanten, den Eigentümern vorzuschreiben, wie sie zu bauen hätten. Im Gegenteil, dank der Innovation der Stiftung, die für die Menschen mit Behinderung ein so tolles Angebot schaffen, da müsste die Stadt dankbar sein.

Es half nichts, dieses Postulat wurde mit 63 Ja zu 52 Nein überwiesen.

Wieder Reben auf dem Zürichberg

Auf der in städtischen Besitz befindlichen Wiese unterhalb der evangelisch-reformierten Kirche Fluntern soll ein Reberg errichtet werden. Bis Ende der dreissiger Jahre befand sich ein kleiner Reberg dort.

Mit diesem Reberg wollen die drei Quartierorganisationen, Quartierverein Fluntern, ev-ref. Kirchenpflege Fluntern und die Zunft Fluntern eine alte Tradition wiederbeleben und die Reben ins Quartier zurückbringen.

Es soll ein Ort der Begegnung für die Quartierbevölkerung werden und dieser einen direkten Kontakt mit der Natur ermöglichen. Geplant ist, den Reberg mit Freiwilligenarbeit zu erstellen und zu pflegen.

Dieser guten Idee stimmte der ganze Rat zu, was durch lautes Klatschen von den Quartiervertretern von Fluntern auf der Tribüne honoriert wurde.

DER AKTUELLE VORSTOSS

«Rote Zahlen» in der Roten Fabrik

Die Rote Fabrik in Zürich-Wollishofen wurde nach den letzten Jugendunruhen als Institution installiert, in der Jugendliche abseits der etablierten Kunst ihre eigenen Kunst- und Kultur-Ideen umsetzen können.

Seitdem wird diese alternative Kulturfabrik in einer Art basisdemokratischer Selbstverwaltung geführt. Vor allem werden dort ordentlich fließende städtische Subventionen verbraucht.

Vor Jahren schon lehnte die Rote Fabrik eine Finanzierung durch privates Sponsoring kategorisch ab. Die SVP stand diesem alternativen Kulturbetrieb von Anfang an kritisch gegenüber.

Wie schon oft, scheint die SVP wieder einmal recht zu bekommen. Denn die Rote Fabrik steckt aktuell – wie mehreren Medienberichten zu entnehmen ist – in einer grossen Krise und vor allen in tief roten Zahlen.

Das Modell Selbstverwaltung scheint nicht zu funktionieren – aber die Steuergelder schmelzen dort dahin wie Schnee an der Frühlingssonne. Es ist dringend nötig und höchste Zeit, dass die Institution Rote Fabrik auf allen Ebenen und unter verschiedenen Aspekten untersucht wird. In diesem Sinne verlangen die SVP-Gemeinderäte Daniel Regli und Thomas Schwendener in einer ersten Runde vom Stadtrat Antworten auf ihre kritischen Fragen.

Schriftliche Anfrage

1. Welches sind die zwingenden Gründe, warum die Sanierungsarbeiten nach dem Brand (im Mai 2012) erst im Jahr 2015 abgeschlossen werden können? Was genau hat das AHB in den bald zwei Jahren seit dem Brand unternommen, um die Sanierung voranzutreiben?
2. Welche Mietkosten bezahlte die Rote Fabrik der Stadt Zürich 2005–2013 p. a., oder welche Mietkosten wurden der Roten Fabrik in diesem Zeitraum erlassen? Auf welchen

Konten wurden allfällige Mietbeträge budgetiert und verrechnet?

3. Welche Einnahmen durch die Vermietung von Ateliers erzielte die Koordinationskommission der Roten Fabrik in den Jahren 2005–2013?

4. Wie viele Künstler/-innen mussten nach dem Brand 2012 ihre Ateliers aufgeben? Wie viel Jahresmiete hatten diese Personen vor dem Brand bezahlt? Wie viele dieser Personen belegen die von der Stadt Zürich im Schulhaus Hard zur Verfügung gestellten Ersatzräume? Wie viel bezahlen die Künstler/-innen für diese Ateliers? An wen gehen diese Mietzinszahlungen?

5. Welche Einnahmeausfälle budgetiert die Rote Fabrik insgesamt durch den Brand 2012 für den Zeitraum bis 2015? Welche Beträge hat die STZH bisher eingeschossen, um Einnahmeausfälle zu parieren? Welche Anträge für weitere Zuschüsse plant die Rote Fabrik, der Stadt Zürich zu stellen? An welche Stelle wurden die von der Versicherung geleisteten Einnahmeausfälle in der Höhe von CHF 137'000 entrichtet? Wie wird diese Summe verwendet?

6. Bitte um Zustellung der Jahresberichte und der Jahresrechnungen 2010–2012 der Roten Fabrik. Wie beurteilt der Stadtrat das sich verschlechternde Geschäftsergebnis der Roten Fabrik? Wann können dem Gemeinderat der Jahresbericht und die Rechnung 2013 nachgeliefert werden?

7. Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt Zürich, um die markanten Defizite in der Betriebsführung der Roten Fabrik (Buchhaltung, Personalwesen, IKS) zu beheben?

Öffentliche Diskussion

Mittwoch, 7. Mai

19 bis 19.45 Uhr

Landgasthof Breite, Winkel

Mindestlohn -
schädlich oder fair?

Hans-Ulrich Lehmann, SVP,
Unternehmer
kontra

Rosmarie Joss, SP,
Kantonsrätin

Gesprächsleitung
Kantonsrat Claudio Schmid, Bülach

Nach einem Streitgespräch stellen sich die
Politiker den kritischen Fragen des Publikums.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!
SVP Bezirk Bülach



Jetzt unterschreiben!
Ja
zum Schutz der
Privatsphäre

www.privatsphaere-schuetzen.ch